

Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Ost“ und „Das Leben im West“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM
Durch die Post bezogen 1,20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Rochleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Zenerische Buchdruckerei, Rochleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Rochleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22.832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile in Restamietel 20 Pf.
Anzeigenannahme von Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Ariern.

No 95

Dienstag, den 12 August 1930

43. Jahrgang

Programmrede des Kanzlers.

Die Krise in Politik und Wirtschaft.

Köln, 10. August.

Reichskanzler Dr. Brüning hielt in einer Verlesung des Provinzialparlamentes der Rheinischen Zentrumspartei eine programmatische Rede. Einleitend gedachte der Kanzler der endlichen Befreiung des Rheinlandes und verband damit herliche Worte des Gedankens an Gustav Stresemann. Uebergehend auf das Briandmemorandum wies er auf Deutschlands Antwort hin, aus der klar zu entnehmen sei, daß die Regierung der Ansicht ist, daß die wirtschaftliche Ordnung von allseitiger Bedeutung ist für die zukünftige Entwicklung Europas angelehnt der ungeheuren Wirtschaftskatastrophe, die über die Welt hereinbrochen ist. Aber wir haben auch, so führt Brüning fort, eines deutlich ausgeprochen: diese Ordnung auch der wirtschaftlichen Dinge läßt sich nicht allein erreichen und erzielen durch wirtschaftliche Veränderungen, sondern wenn man zu einer dauernden Stabilisierung der europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse kommen will, dann ist eine politische Stabilisierung unbedingt oder zum mindesten gleichzeitl notwendig.

Wir sind der Ansicht, daß für die gegenwärtige wirtschaftliche Krise nicht nur wirtschaftliche Umstände die Ursache sind, sondern daß an dieser Entwicklung auch die heutige politische Gestaltung nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt in gleichem Maße die Schuld trägt.

Diese Weltwirtschaftskrise ist eine Krise, von der man annehmen muß, daß sie von längerer Dauer ist, eine Krise, die auf die verschiedensten Ursachen, die zusammenhängend, wirtschaftlichen ist, eine Krise, die mit der Zerrüttung der politischen Verhältnisse in der ganzen Welt zusammenhängt, und es ist eine Krise ganz gewiß, die neben der Frage der Produktionsfähigkeit begründet ist auch in dem Umfange, daß nach großen Kriegen noch einer gewissen Welt immer eine gewisse Krise in der ganzen Welt besteht. Das Schwerkste ist, daß wir alle, was wir an Reformen auf dem Gebiet der Finanzen oder öffentlichen Körperschaften, auf dem Gebiet der Reformen der Wirtschaft und der Verwaltung in den vergangenen Jahren angestrichen haben, im Augenblick des größten Tiefstandes der Volkswirtschaft mit einem Male nachholen müssen.

Nach die nicht das Defizit der Eisenbahn befreit, das aller Wahrscheinlichkeit nach sich auf 500 Millionen Mark in diesem Jahre belaufen wird. Nach die nicht durchgelegt: ein auf Jahre gültiges flares, aber auch realisiertes Bauprogramm. Das Regierungsprogramm wird nicht durchgeführt, wenn nicht Bestimmungen geschaffen werden auf dem Gebiete der Verwaltung, und auch Verhältnisse in der parlamentarischen Erledigung des Etats und der Ausgabenanträge befreit werden.

Man dürfe nicht davor zurückschrecken, an das Problem Reich und Länder heranzugehen, zum mindesten in dem Sinne, daß die Doppelarbeit und der Verlust der Verwaltung des Reichs und Länder befreit werden.

Das andere ist die Frage der Reparationen. Man dürfe nicht davor zurückschrecken, so erklärte Brüning, denn der Reichstag durch seine Geschäftstätigkeit oder durch andere Maßnahmen sich mehr Selbstziplin auferlegen.

Es geht darum, nicht gegen das Parlament zu arbeiten, sondern für das Parlament.

Eine Regierung, die verantwortlich ist auch für diese Dinge, die nicht den Mut hat, dem Volke ganz klar die Alternativen anzugeben und diese Mängel des Parlamentarismus aufzudecken und das Volk zur Entscheidung aufzurufen, eine solche Regierung würde ein Volk dann langsam leicht vorbereiten für Experimente, die ich gar nicht näher bezeichnen will, die hier und da schon seit dem vergangenen Jahre in manchen Kreisen lauten.

Rheinland- und Ostmarkenfeier.

Gedenkstunde am Reichstag.

Berlin, 10. August.

Die im Westausfluß für Rhein, Pfalz und Saar vereinigten landmannschaftlichen Verbände veranstalteten am Reichstag eine Gedenkstunde an die Befreiung des Rheinlands von der Besatzung. Im Anschluß an diese Kundgebung fand am dem Platz vor dem Reichstage eine Kundgebung der Ostmarken zur Erinnerung an die vor zehn Jahren in Ost- und Westpreußen erfolgte Volksabstimmung statt.

Die Rheinlandfeier im Reichstag wurde eingeleitet von Darbietungen des Doppelquartetts von Professor Felix Schmidt und des Berliner Lehrerchorvereins. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Rheinländer, Präsident Dr. Kaufmann, begrüßte darauf die Gäste. Er gedachte der schweren Tage des Rheinlandes in der Nachkriegszeit.

Durch Gewalt und List, mit Keilspitze und Zunderbot habe Frankreich das rheinische Volk zu zerschneiden und für eine Erneuerung aller löstingrader Problematt, einen Pufferfaat von Frankreichs Seite, zu machen versucht.

Am dem über alles Tod erhabenen mutigen Widerstand der

Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr, ihrer alle Verhältnisse und Verhältnisse unvollständigen staßbaren Einheit sei das gemüßigte Raubentener zerstückt, der verbrochene Separatistenput geirten.

Dringendes Gebot der Stunde ist eine durchgreifende affive Grenzlandpolitik.

Aber nicht bloß im Westen, sondern auch im Osten, wo eine tabilische Grenzpolitik ergibt wirtschaftliche, dazu noch kulturelle und politische Not geschaffen hat. Gemeinsames Grenzland hat die schon von altersher durch wechselseitiges Geben und Nehmen verbundenen Deutschen im Westen und Osten fest zusammengeknüpft.

Im Anschluß an die Begrüßungsansprache Dr. Kaufmanns, hielt der Rektor der Universität, Frankfurt a. M., Prof. Georg Künzle, einen Vortrag über die Bedeutung des Rheines in der deutschen Geschichte. Er erinnerte an die weltgeschichtliche Bedeutung des Rheines im spanisch-hörsburgischen Weltreich. Von den kaiserlichen Rädern sei der Rhein als die große Schachbühne gegen die Wiedertehr ähnlicher Vorfälle Frankreichs ausgelegt worden.

Die Herstellung der deutschen Souveränität am Rhein beginnt wieder ein europäisches oder ein Weltinteresse zu werden. Aber wir kaufen uns auch darüber nicht, daß wir zunächst nur eine erste Etappe auf dem langen Wege einer wahren und vollen Souveränität des Rheines erreicht haben.

Der erste wird die zweite mit der Rückgabe des Saargebietes folgen müssen.

Es ist, von ganz kurzen Unterbrechungen abgesehen, über 1000 Jahre ein Glied des Römischen Reiches deutscher Nation, dann Preußens und des Deutschen Reiches gewesen.

Nach Prof. Künzle ergriff der Vorsitzende des Reichsverbandes der hannoverschen Ost- und Westpreußen, Oberregierungsrat Hoffmann, das Wort. Er führte u. a. Wir Ost- und Westpreußen tragen in unserem Herzen eine starke Liebe zu westdeutschem Land und Volk. Sicher ist: der Westen unseres lieben schönen Vaterlandes wird uns als Lebensstätte stets mit dem Herzen auf seiner Seite stehen. Möchte es doch ungeteilt und in sein!

Möchte uns der Bestand aller Deutschen zuteil werden, wenn es sich, in hoffentlich nächster Zukunft, um Schicksalsfragen des Ostens und damit des ganzen deutschen Volkes handeln wird!

Bei der anschließenden Rundschau der Ostmarken vor dem Reichstage betonte der ehemalige Abteilungsminister Graf v. a. d. Hoff die enge Verbundenheit zwischen West und Ost.

Westen und Osten hätten sich gefunden zu gemeinsamen Handeln.

Heber ihre engeren Grenzen hinaus wachsend, strecke die Heimatkunde der Verbände ihre Arme von Ost nach West, von Westen nach Osten und schmeide ein festes Band vom Rhein zur Weichsel und zur Memel.

Der Erste Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Senatspräsident Andres-Krausfeld a. M., wies darauf hin, daß die Mitstädten von Versailles sich vor 11 Jahren nicht vorstellen, daß das Gefühl der deutschen Verbundenheit an den Grenzen so fest wie es sich selbstem bewährt habe. Die französischen Hoffnungen für eine politische Freiheit im Abstimmungsgebiet Ost- und Westpreußens und für einen autonomen Vollstaatsent Frankreichs links des Rheines seien zu schanden geworden und ihre Beschränkung nach dem Saarbescheid auch zu schanden werden. Hoffnungen und Begehrlichkeiten seien geteilt und würden scheitern an einer Mauer, mit der der Sieger nicht gerechnet habe: an dem Gefühl untüchtiger deutscher Verbundenheit, das fest in den deutschen Herzen der Grenzland liege.

Reichsminister Treubranus

führte u. a. aus: Der Sieg des bodenständigen Deutschtums habe die Marienburg gerettet. Heimatkunde war das Feldgeschrei waffenloser bedrohter Volksgenossen, mit dem die Befreiung des Volkslandes bestimmt wurde. In den nächsten Tagen sei die ganze Größe der Nation auf den Weiten gerichtet, wo die Entscheidung grausam lange in der Schwebe stand. Unbegreifbar heimlich habe Separatistenput, Aufreimarbeit und den Druck von Schmeichlern und Erpressern gebrochen. Der Kampf um den Rhein wurde ein deutscher Kampf.

Es sei gedacht der untreuen Brüder an der Saar, in Eupen und Namur, des zerschnittenen Weichsellandes, der ungeheilten Wunde in der Ostflanke des Reiches. Man denke wieder daran, unter welch schändem Druck Wilson zur unantastlichen Abstimmung Ostpreußens gezwungen, zu welchem Mittelzustand das deutsche Danzig herabgeführt wurde. Der Tag werde kommen, wo der Kampf für das Recht Deutschlands und Europa bereit hat. Zum Schluß lang die Menschenmenge das Deutschlandlied.

Wer zahlt die Reichshilfe?

Die Durchführungsbestimmungen der Steuererordnungen. Berlin, 11. August.

In den Durchführungsbestimmungen über die Reichshilfe der Verbände des öffentlichen Dienstes, die jedoch im Wortlaut vorliegen, heißt es u. a.: In den Besonderen im Sinne der Verordnung gehören auch die Besitzzellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und die Beamtenanwärter. Nicht als Be-

amte im Sinne der Verordnung gelten 1. Personen, die lediglich ehrenamtlich oberleitende Befugnisse ausüben (z. B. Schöffen, Geschworene, Handelsrichter, Mitglieder von Steuerassessoren, ehrenamtliche Mitglieder von Finanzgerichten, ehrenamtliche Mitglieder der Träger der sozialen Versicherungen u. dgl.). 2. Personen, die nach dem Gelehrten für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtverpflichtet sind. Zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts

im Sinne der Verordnung gehören auch die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften, die Stiftungen des öffentlichen Rechts, die Träger der sozialen Versicherungen (Krankenversicherungs-, Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Reichs-Krankenkasse, Landwirtschaftsvereine, Industrie- und Handelsvereine, Handwerkervereine, Arbeitervereine, Innungen u. dgl.). Als Verbände der Körperschaften des öffentlichen Rechts kommen insbesondere in Betracht: der Deutsche Städtebund, der Reichsstadtebund, der Verband der Preussischen Provinzen, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Landgemeindegewerbeverband, der Deutsche Landwirtschafsstudienrat, der Deutsche Industrie- und Handelsrat, der Deutsche Handwerks- und Gewerbetreibendenrat, der Deutsche Berufsvereine, der Verband der Deutschen Landwirtschaftlichen Berufsvereine, der Verband deutscher Berufsvereine.

Zum Arbeitslohn gehören insbesondere Gehälter, Besoldungen, Löhne, Gratifikationen, sowie unter sonstiger Benennung genannte Bezüge (z. B. Zustands- und Rangbezüge, Kollektorgeber und Prüfungsgebühren der Hochschule, Mietwert von unentgeltlich überlassenen Wohnungen); zum Arbeitslohn gehören ferner Barlohn, Aufschlag und andere Bezüge und geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen sowie Zuwendungen, die mit Rücksicht auf eine frühere Dienstleistung an Stelle von Pensionsansprüchen gewährt werden und die Charakter von Pensionen haben, einerlei ob sie dem zunächst Bezugsberechtigten oder seinem Rechtsnachfolger zufließen.

Dem Beitrag unterliegen nicht: die Dienstaufwandsentschädigungen des Einkommensteuergesetzes, die in § 8 des Einkommensteuergesetzes bezeichnete Bezüge und Gehälter, Witwen- und Waisenrenten sowie die Bezüge des Bundesvertriebsrats oder Obmannrats, Abteilungsleiter, Vizepräsidenten und sonstige Stellenabfindungen, die aus Anlaß der Auflösung eines Dienstverhältnisses gewährt werden. In den Durchführungsbestimmungen über den

Zuschlag zur Lohnsteuer der ledigen Arbeitnehmer wird u. a. gesagt: Als ledig gelten alle einkommensteuerpflichtigen Personen, die nicht verheiratet sind, sowie verwitwete oder geschiedene Personen, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Ein Widrig-zuschlag wird daher nicht erhoben, wenn aus der Ehe Kinder hervorgegangen sind, gleichgültig, ob die Kinder minderjährig oder volljährig sind, ob sie zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählen oder ob sie bereits verstorben sind. Von dem

Bezugszulag sind befreit unverheiratete Frauen, deren Kinderermäßigungen aufleben, z. B. die Mütter von unehelichen Kindern, deren für diese Kinder eine Ermäßigung zuteil, ferner Personen, deren für Adoptiv- oder Pflegekinder Ermäßigungen aufleben, nicht dagegen der Vater von unehelichen Kindern.

Zwei verschiedene Auffassungen.

Warum der Einigungsversuch scheiterte.

Berlin, 10. August.

Staatsminister Höpfer-Wilhoff nahm zu den Verhandlungen mit Dr. Schulz die folgende Stellung:

Die Differenzpunkte sind zu suchen in der Frage der Abgrenzung des neuen Parteienbildes nach rechts. Während Höpfer-Wilhoff aus grundsätzlichen Erwägungen die inbegriffene Elemente des Landvolkes und der Konventionen Volkspartei nicht in die neue Partei hineinziehen möchte, strebt Dr. Schulz bekanntlich Sammlung auf breiter bürgerlicher Grundlage an.

Der zweite Differenzpunkt ist die Frage des Beschlusses zu der sozialdemokratischen Partei gewesen. Höpfer-Wilhoff ausdrücklich als sozialdemokratische Partei anerkannt wissen will, während Dr. Schulz der Auffassung ist, daß auf der einen Seite das Staatsbürgertum, auf der anderen Seite eben die Sozialdemokratie liege. Höpfer-Wilhoff freilich dann kurz die Aktion abging, deren Schlichter er beauftragt und legte am Schluß dar, daß die Deutsche Staatspartei wieder einen Gesichtspunkt in den Mittelpunkt des politischen Denkens zu rücken wünsche: Sie wolle den Staatsgedanken unter Lösung von jeglicher Interessens- und Interessententzweiung pflegen. Sie wolle weiter auch die Jugend in härtester Weise heranziehen als bisher.

Zu gleicher Zeit äußerte sich in der Nationalliberalen Korrespondenz der Parteiführer der D. P. in längeren Ausführungen zur Frage der bürgerlichen Sammlung. Ich habe, so erklärt er u. a., die Führung der D. P. im Sinne Stresemanns übernommen, um sie als den letzten Kern von rechts und links zu erhalten, nicht aber, um die Partei und ihre treuen Anhänger als Nationalliberalen Parteineigungen zur Verfügung zu stellen.

Seine Stellung zur Sozialdemokratie gibt Dr. Schulz wie folgt wieder: Ich habe auf dem Wannheimer Parteitag

Deutschlands größte Not.

Über 2,75 Millionen Arbeitslose.

Berlin, 10. August.

Die Zeit vom 16. bis 31. Juli 1930 brachte nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung eine fühlbare Abminderung des Beschäftigungsgrades. Auch in früheren Jahren trat um diese Zeit des Sommers häufig ein gewisser Stillstand ein. Die jetzige Entwicklung bedeutet jedoch unverkennbar eine weitere Vertiefung der Depression, deren tiefster Punkt noch nicht erreicht zu sein scheint.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger, die im letzten Berichtsabchnitt nur unerheblich zugenommen hatte, ist jetzt um rund 28 000 auf über 1 497 000 in der Arbeitslosversicherung, um rund 23 000 auf 403 000 in der Arbeitslosenversicherung gestiegen. Damit hat die Belastung der beiden Unterstützungsrichtungen mit zusammen über 1 900 000 Unterhaltenden einen Stand erreicht, der um mehr als eine Million über dem des Vorjahres liegt, während die Überlagerung Mitte Juli noch 938 000 betrug.

Dieser Entwichenheit entspricht die Zunahme der Zahl der verfügbaren Arbeitsstellen, die bei den Arbeitsämtern eingetragen sind. Sie stieg vom 15. bis zum 31. Juli um rund 42 000 und erreichte — nach Abzug derjenigen, die noch in gefühlvoller oder ungefühlvoller Stellung in Vorstandsarbeit beschäftigt waren — einen Stand von 2 757 000 Arbeitsstellen.

Von dem Zugang entfällt zwar der größere Teil auf die überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen, doch sind auch die Saison-Arbeitskräfte bereits an ihnen beteiligt. Das allgemeine Bild, das sich aus diesen Zahlen ergibt, wird ergänzt und bekräftigt durch Meldungen über weitere Zunahme von Festschickten und Kurzarbeit, durch die Ankündigung von Entlassungen und durch Stilllegungsanträge, schließlich durch umfangreiche Ausweisungen von Arbeitslosen, deren Unterhaltungsanprüche erfüllt sind.

Es gibt keinen Ausweg.

Deutsch-finnische Privatverhandlungen gescheitert.

Berlin, 9. August.

Amlich wird mitgeteilt: In den deutsch-finnischen Privatverhandlungen über den Abschluß von Lieferungsverträgen für Butter und Käse war schon vor einiger Zeit eine Störung eingetreten, weil sich gewisse Schwierigkeiten ergeben hatten. Eine Einigung konnte damals nicht erzielt werden.

Die finnischen privaten Unterhändler sind in den letzten Tagen erneut nach Berlin gekommen und gemeinsam mit den deutschen Unterhändlern noch einmal zu prüfen, ob ein Ausweg aus diesen neuen Schwierigkeiten gefunden werden kann. Es hat sich jetzt ergeben, daß dies nicht möglich ist. Die deutschen und finnischen Unterhändler haben diese Unmöglichkeit jetzt festgestellt und den Abschluß der benötigten Privatverträge nunmehr endgültig abgelehnt.

Der „Wechsel“ in der Berliner Presse.

Was ein französisches Blatt zu erzählen weiß.

Paris, 9. August.

In einem längeren Artikel behandelt die „Republique“ den „Wechsel“, der sich in den letzten zwei Jahren in der deutschen Presse vollzogen habe. In der Sicht nach Nachahmung sei man so weit gekommen, daß in den großen Berliner Blättern keine Rede mehr von rein deutscher Sprache sein könne. Remont habe hierüber seine Vorteile, es gebe aber auch Dinge dort, die nachzuahmen falsch sei. Abgesehen von der Sprache, sei noch ein weiterer Umwandlung in der deutschen Presse zu verzeichnen, und zwar die Sucht nach Sensation, die einen geradezu verwerflichen Charakter angenommen habe.

Die großen Berliner Boulevardblätter, denen es fast nicht möglich sei, mehr als die anderen zu bringen, hätten sich in der letzten Zeit darauf verlegt, jede Kleinigkeit nach Möglichkeit aufzubauhen, um auf diese Weise den Vorzug bezubehalten. Verbrechen und Sport fänden bei den Lesern das Hauptinteresse, während für Politik sehr viel weniger Neigung bestände.

Dieser Umwandlung zur sogenannten „Revoltepresse“ habe bereits derartige Formen angenommen, daß schon heute eine große Anzahl von Provinzzeitungen in kultureller Hinsicht weit über dem Niveau der Berliner Blätter stünden. Diese Tatsache mag sich besonders in Süddeutschland bemerkbar machen, wo der Kampf für die Aufrechterhaltung der deutschen Kultur sehr viel früher durchgeführt wurde, als in anderen Gegenden.

Postverkehr zurückgegangen.

Vierteiljahresbericht der Reichspost.

Berlin, 9. August.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht heute ihren Bericht über das 1. Viertel (April bis Juni) des Rechnungsjahres 1930. Der Postverkehr ist im Vergleich zum Vorjahr im allgemeinen etwas zurückgegangen; der Briefverkehr und der gesamte Geldverkehr (Ein- und Auszahlungen, Postlocher-, Postauftrags- und Nachnahmeverkehr) weisen Steigerungen auf.

Am Kraftpost- und Luftpostverkehr sowie im Inlands- und Auslandsverkehr des Post- und des Fernmeldewesens sind wieder eine Reihe von Verkehrs- und Betriebsverbesserungen eingetreten. Im Fernsprechwesen sind besonders zu erwähnen: die Eröffnung des Sprechtverkehrs mit Sommerfrühland und Ostland, ferner des Fernsprechtverkehrs über London mit Aufträgen.

Die Zahl der Postfachstellen stieg im Berichtsvierteljahr um 3773 auf 983 991. Ausgeführt wurden rund 187 Millionen Buchungen über 35,4 Milliarden Rm., davon 28,3 Milliarden Rm. oder 80 v. H. bargeldlos.

Im Telegrammverkehr haben die Brief- und Nihilotelegramme wenig, die Schmutzblatttelegramme erheblich (um 20 v. H.) zugenommen.

Die Zahl der Fernpredigten ist um rund 25 000 auf 3 159 230 gestiegen.

Im Funkverkehr wurden in der Berichtszeit 561 200 Telegramme befördert. Die Zahl der Bordfunkstellen auf deutschen Handelsschiffen ist auf 951, die der Bordfunkpiloten auf 322 gestiegen.

Die Zahl der Rundfunkübertragungsinhaber hat sich wie alljährlich in der wärmeren Jahreszeit etwas verringert. Sie betrug Ende Juni rund 3 1/2 Millionen gegen 2,8 Millionen am gleichen Tage des Vorjahres. Am Hörerleistungsindex wurden 248 Schwarzhörner registriert.

Im Flugverkehr stieg die Zahl der Funkstellen auf deutschen Luftfahrzeugen auf 159 gegenüber 68 Ende Juni 1929.

Im Kostenabluß für das Berichtsvierteljahr werden die Einnahmen mit 522,4 Millionen Rm., die Ausgaben mit 529,8 Millionen Rm. ausgewiesen.

König Faikal bei Hindenburg.

Besuch von Leipzig und Dresden.

Berlin, 11. August.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Besuch des jetzt in Berlin weilenden Königs Faikal vom Irak, der von seinem persönlichen Adjutanten Oberst Tahsin Kadri sowie von seinem Kabinetschef begleitet war.

Zu dem Empfang schloß sich ein Frühstück an dem außer den Genannten die Reichsminister Dietrich und Groener, die Staatssekretäre von Bülow, Dr. Trendelenburg und Dr. Weisner, Ministerialdirektor de Haas, Vortr. Legationsrat Graf Tattenbach, Ministerialrat Baron von Huene, Oberleutnant von Hindenburg, Legationsrat Dr. Grobba und Rittmeister von der Schulenburg teilnahmen. Am Sonntag flog der König mit einem Großflugzeug der Deutschen Luftpost nach Leipzig, um die internationale Bergausstellung zu besichtigen. Der Flug wurde nach Dresden fortgesetzt und führte im Laufe des Nachmittags wieder nach Berlin zurück.

Gandhi verhandelt.

Wied die Ungehorsamsbewegung abgelehnt?

Der Vizekönig von Indien hat eine weittragende Entscheidung getroffen: er hat den beiden Führern der indischen Nationalisten, Vater und Sohn Nehru, die im Gefängnis von Allahabad sitzen, die Erlaubnis gegeben, Gandhi, der in Poona in Haft sitzt, zu besuchen. Immerhin ein Versuch, der selten ist in der Geschichte der politischen Verhandlungen. Denn er bedeutet die Zustimmung des indischen Vizekönigs dazu, daß die bedeutendsten Staatsgefangenen der indischen Bewegung in Jänglung treten dürfen. Kein Zweifel, daß ein solcher Besuch niemals gefast worden wäre, wenn nicht entsprechende Rücksicherungen über Sinn und Ziel dieser Verhandlungen bei Gandhi gegeben worden wären.

Die Führer der indischen Nationalbewegung sind auch in ihren Gefängnissen sehr genau über den Gang der Ereignisse unterrichtet. Sie wissen deshalb, daß ihre Verhaftung für die Engländer zweifellos den Erfolg gehabt hat, daß die Ungehorsamsbewegung, wie sie durch den großen Salzmarich zum Meer eingeleitet wurde, heute an Ziel-führung, an Plankmäßigkeit und auch an Aufrichtigkeit abgibt hat. Die Führer fehlen, und wie immer in solchen Fällen, gleitet eine solche Bewegung sehr rasch ins Herabfallen, verliert sich in Nebenaktivitäten und vertritt sich in Unratigkeiten. Wenn aus solcher Bewegung wie sie Gandhi jetzt in Indien entfachte, ein Krautall wird, dann ist der Sache, der sie diene, mehr Schaden zugefügt, als wenn sie auf Befehl der Führer jetzt abgebrochen wird, wo sie doch nicht weiterkommt.

Dieser Augenblick ist gekommen und mit ihm Gandhis schwere Stunde. Denn Gandhi steht jetzt vor der Entscheidung, abzugeben und damit nach außen hin zweifellos an Prestige zu verlieren. Allerdings scheint seine Autorität im Inneren unerschütterlich. Gleichviel, er will diesen Schritt, der ihm gleichzeitig die Freiheit wiederbringt, nicht ohne die anderen Führer tun und diese nicht ohne ihn. Das ist der Sinn der Verhandlungen, die jetzt zwischen Gandhi und dem Vizekönig geführt werden.

Hinzu kommt, daß in den letzten Monaten und Wochen die liberalen indischen Kreise, die schließlich das Handlungsfeld mit Gandhi nicht verderben wollen, den Vizekönig bedrängen, einzulassen und jetzt seine Autorität für das Abblafen der Ungehorsamsbewegung einzusetzen. Dieser ist allerdings nicht befangen worden, wie weit Gandhi sich auf diese Vorschläge eingelassen hat. Der Schritt liegt aber nahe, daß er sich bereitfindet, über diese Vorschläge zu diskutieren. Denn sonst hätte der Vizekönig dieser immerhin humanitären Begegnung mit Nehru nicht zugestimmt. Man wird sich also darauf einrichten können, daß in absehbarer Zeit die von Gandhi entfachte Nationalbewegung die in den Salzmarichen zum Meer einen ergreifenden Ausdruck gefunden hatte, einwillen wieder abgelagt wird. Was zum nächsten Mal, bis zu dem Augenblick, wo die indischen Kreise noch härter geworden sind, die die Nationalbewegung braucht, wenn sie den Kampf gegen die englische Vorkherrschaft bestehen will.

Diesmal ist Gandhi nicht ans Ziel gelangt, diesmal hat er die Wirkung seines waffenlosen Feldzuges untersucht, aber er hat zu viele Festschläge und auch zu viele Erfolge in seinem Leben zerechnen können, als daß er sich dadurch beirren läßt.



Die erste Ichnenlole Straßenbahn.

Auf der Straße von Mettmann nach Grunten bei Düsseldorf wurde die erste Ichnenlole Straßenbahn in Betrieb genommen, die den Namen „Trolleybus“ führt. Die dreiphasige Stromabnehmer erlauben auf der Landstraße ein gefahrloses und geräusches Ausweichen.

Betr. Wassergeld.

Sämtliche Wasserabnehmer werden aufgefordert, bis für die Zeit vom 1. Juni bis 30. September d. J. 3/16ige Wassergeld bis 1. September 1930 an die Stadtasse zu zahlen.

Das bis dahin noch nicht entrichtete Wassergeld wird im Wege des Zwangsverfahrens eingezogen. Es treten dann nach dem Wassergeld die gesetzlichen Einziehungsgebühren. Nebra, den 29. Juli 1930

Der Magistrat. Gmünder.

Wichtig für jeden Arbeitgeber!

Ab 1. Sept. 1930 treten neue Steuerabzüge in Kraft. Der Arbeitgeber ist für den richtigen Abzug bei der Lohnabzahlung wie bekannt verantwortlich.

Von jeder Sorge befreit ist der Arbeitgeber, wenn er sich einer überprüflichen Lohnsteuerabzug zur Feststellung der Abzüge bedient.

Im Augenblick ist der richtige Betrag gefunden!

Lohnsteuerabzug Nr. 1
1 Wort zur Feststellung des Steuerabzuges bei wöchentlichem Lohnabzahlung und

Lohnsteuerabzug Nr. 7
1 Wort zur Feststellung des Steuerabzuges für Ledige. Vorrätig bei:

Wilhelm Sauer in Rosleben

Weisse Zähne

machen jedes Lächeln anziehend und schön. Ist schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpasta

Zahnpasta erzielen Sie einen wunderbaren Glanz der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Beseitigung der selbst eigens konzentrierten Chlorodont-Zahnbürste mit gelbem Borstenmitt. Kautschuk-Epithelien in den Zahngabelräumen als Ursache des bitter Mundgeruchs werden selbst beim häufigen Chlorodont-Zahnpaste, Mundspüler, Zahnpoliermittel (Euphorie) in 1/2 Liter in bekannter blau-weiß-grüner Originalpackung in allen Drogerien-Vertriebsstellen zu haben.

Heute:

Frische Bäcklinge
Wwe. Meltz.

Morgen:

la. Fettbäcklinge
Raudschellfisch
Frischen Fisch
Heinrich Berlet.

Frischen
Kabeljau
Seelachs und
Goldbarich
empfehlen
Kropf, Bahngassestr. 6



Deutschlands schönste illustrierte Monatschrift

Monatlich ein Heft zum Preise von 2.40 RM.

Der geistig bereichernde Deutsche liest diese Zeitschrift; sie bringt ihn in enge und fruchtbare Beziehungen zu allen brennenden Fragen der Zeit in Literatur, Wissenschaft, Kunst u. Leben.

Meisterwerke moderner Erzähler sind die zur Veröffentlichung kommenden Romane u. Novellen. Schönster Schmuck der Heft: Herrliche Niederlagen nach Werken der Kunst in Farbenbrut. Keine Zeitschrift des In- und Auslandes bringt sie in ähnlicher Vollendung u. Mannigfaltigkeit.

Das Haus in dem Delhagen & Klafing Monatshefte gelesen werden, ist eine Stätte der Kultur und edelster Lebensfreude.

Der Verlag Delhagen & Klafing, Leipzig C 1 überreicht auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pfg. in Marken für Porto - Postlos ein vollständiges Heft (Preis 2.40) als Probeheft.

Musikalien

jeder Art, einzeln und in Bänden, für alle Instrumente, Opern, Operetten, Schlager, Textbücher, Schulen, alle Editionen, Geschenkbände liefert schnell und zuverlässig

Buchhandlung
Walter Scharf, Nebra

Neuer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: W. H. Sauer in Hofleben.
Druck, Verlag und Verlagsadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hofleben.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Reich, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Mellemteil 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostasse Hedra — Bankverein Aachen.

Nr 95

Dienstag, den 12 August 1930

43. Jahrgang

Programmrede des Kanzlers.

Die Krise in Politik und Wirtschaft

Hedra, 10. August.

Redestadtgenosse Dr. Brünning hielt in einer Verlesung des Provinziallandstages der Rheinischen Zentrumspartei eine programmatische Rede. Entlassend gedachte der Kanzler der endlichen Befreiung des Rheinlandes und verband damit herzliche Worte des Gedankens an Gustav Stresemann. Uebergehend auf das Brandenburgerndum wies er auf Deutschlands Antwort hin, aus der klar zu entnehmen ist, daß die Regierung der Ansicht ist, daß die wirtschaftliche Ordnung von allergrößter Bedeutung ist für die zukünftige Entwicklung Europas angelehnt der ungeheuren Wirtschaftskatastrophe, die über die Welt hereinbrach. Über wir haben auch, so sehr Brünning fort, eines deutlich ausgesprochen: die Ordnung der wirtschaftlichen Dinge läßt sich nicht allein erreichen und erzielen durch wirtschaftliche Vereinbarungen, sondern wenn man zu einer dauernden Stabilisierung der europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse kommen will, dann ist eine politische Stabilisierung unbedingd oder zum mindesten gleichbedeutend notwendig.
Wir sind der Ansicht, daß für die gegenwärtige wirtschaftliche Krise nicht nur wirtschaftliche Umsätze die Ursache sind, sondern daß an dieser Entwicklung auch die heutige politische Gestaltung nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt in gleichem Maße die Schuld trägt.
Diese Weltwirtschaftskrise ist eine Krise, von der man annehmen muß, daß sie von längerer Dauer ist, eine Krise, die auf die verschiedensten Ursachen, die zusammenwirken, zurückzuführen ist, eine Krise, die mit der Zerrüttung der politischen Verhältnisse in der ganzen Welt zusammenhängt, und es ist eine Krise ganz gewiß, die neben der Frage der Getreideproduktion föhentlich begründet ist und in dem Umfange, daß nach ersten Anzeichen noch einer gewissen Zeit immer eine gewaltige Krise in der ganzen Welt eintritt.
Das Schwierige ist, daß wir alles, was wir an Reformen auf dem Gebiete der Finanzen oder öffentlichen Körperschaften, auf dem Gebiete der Reformen der Wirtschaft und der Verwaltung in den vergangenen Jahren angeschlossen haben, im Augenblicke der größten Tiefstades der Weltwirtschaft mit einem Male nachholend müssen.

Noch ist nicht das Defizit der Eisenbahn gebreht, das nach Barthelemy nach, sich auf 500 Millionen Mark in diesem Jahre belaufen wird. Noch ist nicht durchgeführt: ein auf Jahre gültiges Abkommen, aber auch realisierbares Budget. Das Regierungssystem ist nicht durchzuführen, wenn nicht Reformarbeiten geschaffen werden auf dem Gebiete der Verwaltung, und auch Verhältnisse in der parlamentarischen Erledigung des Staats und der Ausgabenbedürftigkeit befreit werden.
Man dürfe nicht davon zurückzureden, an das Problem Reich und Länder heranzugehen, zum mindesten in dem Sinne, daß die Doppelarbeit und der Zerfall bei der Verwaltung bei Reich und Ländern befreit werden.
Das andere ist die Frage der Parlamentsreform. Auch ohne Verfassungsänderung, so erklärte Brünning, kann der Reichstag durch eine Geschäftsordnung oder durch andere Maßnahmen sich mehr Selbstziplin auferlegen.
Es geht darum, nicht gegen das Parlament zu arbeiten, sondern für das Parlament.
Eine Regierung, die verantwortlich ist auch für diese Dinge, die nicht den Willen hat, dem Volke ganz klar die Alternativen aufzuzeigen und diese Mängel des Parlamentarismus aufzuzeigen und des Willen zur Entscheidung aufzurufen, eine solche Regierung würde ein Volk dann langsam leicht vorbereiten für Experimente, die sich gar nicht näher besprechen will, die hier und da schon seit dem vergangenen Jahre in manchen Köpfen spühen.

Rheinland- und Ostmarkenfeier.
Gedenkfeier am Reichstag.
Berlin, 10. August.
Die im Westauschuß für Rhein, Pfalz und Saar vereinigten landesmannschaftlichen Verbände veranstalteten im Reichstag eine Gedenkfeier an die Befreiung des Rheinlandes von der Belagerung. Am Anluß an diese Kundgebung der Oberländer zur Erinnerung an die vor zehn Jahren in Ost- und Westpreußen erfolgte Volksabstimmung statt.
Die Rheinlandfeier im Reichstag wurde eingeleitet von Darbietungen des Doppelquartetts von Professor Felix Schmidt und des Berliner Lehrerangehörigenvereins. Der Vorsitzende des Reichsoberlandes der Rheinländer, Präsident Dr. Kaufmann, begrüßte darauf die Gäste. Er gedachte der schweren Tage des Rheinlandes in der Nachkriegszeit.
Durch General und Offizier mit Reichspfalz und Zunderhof habe Frankreich das rheinische Volk zu fernhalten und für eine Erneuerung aller löhngstlicher Problematis, einen Pufferstaat von Frankreichs Gnade, reif zu machen erboten.
Am dem über alles Lob erhabenen mutigen Widerstand der

Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr, ihrer alle Volkswirtschaften und Berufsstände unerschütterlich haltbaren Einheit sei das gewisstenloste Ruhrgebiet zerstückelt, der verbrecherische Separatistenplan zerstoben.

Dringendes Gebot der Stunde ist eine durchgreifende aktive Grenzlandpolitik.

Nur nicht bloß im Westen, sondern auch im Osten, wo eine labile Grenzziehung größte wirtschaftliche dazu noch kulturelle und politische Not geschaffen hat. Gemeinames Grenzland hat die schon von altersher durch wechselseitiges Gehen und Nehmen verbundenen Deutschen im Westen und Osten fest zusammengeführt.

Am Anluß an die Begrüßungsansprache Dr. Kaufmanns, hielt der Rektor der Universität Frankfurt a. M., Prof. Georg Künzle, einen Vortrag über die Bedeutung des Rheinlands in der deutschen Geschichte. Er erinnerte an die unerschütterliche Bedeutung des Rheinlands im spanisch-burgundischen Weltreich. Von den herrlichen Rächten der Rheinlands als die große Sicherheitslinie gegen die Wiederkehr östlicher Vorfälle Frankreichs ausgebaut worden.
Die Herstellung der deutschen Souveränität am Rhein beginnt wieder ein europäisches oder ein Weltinteresse zu werden. Aber wir können uns nach darüber nicht, daß wir zunächst nur eine erste Etappe auf dem langen Wege einer wahren und vollen Liquidation des Krieges erreicht haben.
Der ersten wird die zweite mit der Rückgabe des Saargebietes folgen müssen.

Es ist, von ganz kurzen Unterbrechungen abgesehen, über 1000 Jahre ein Glied des römischen Reiches deutscher Nation, dann Preußens und des Deutschen Reiches gewesen.
Nach Prof. Künzle trifft der Vorliegende des Reichsoberlandes der heimatreuen Ost- und Westpreußen, Oberregierungsrat Hoffmann, das Wort. Er führte u. a. Wir Ost- und Westpreußen tragen in unserem Herzen eine starke Liebe zu westpreußischen Land und Volk. Sicher ist: der Westen anderes Leben schändes Vaterlandes wird uns nicht Ostdaule stets mit dem Herzen auf seiner Seite leben! Möchte es doch umgekehrt auch so sein!

Möchte uns der Heißer auf den Rhein zuerst werden, wenn es sich, in hoffentlich nächster Zukunft, um Schicksalsfragen des Ostens und damit des ganzen deutschen Volkes handeln wird!

Bei der anschließenden Kundgebung der Oberländer vor dem Reichstage betonte der ehemalige Abstimmskommissar Graf von Bissini die enge Verbundenheit zwischen West und Ost.
Westen und Osten hätten sich befinden zu gemeinamen Händen.

Heber ihre eigenen Grenzen hinaus wachsend strebte die Heimattreue der Verbände ihre Arme von Ost nach West, von Westen nach Osten und schmeide ein festes Band vom Rhein zur Weichsel und zur Memel.

Der Erste Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Senatspräsident Andre Granfurt, a. M., wies darauf hin, daß die Diktatoren von Versailles sich vor 11 Jahren nicht vorstellen, daß das Gefühl der deutschen Verbundenheit seit an den Grenzen so fest liege, wie es sich selbst dem bewährt habe. Die französischen Hoffnungen für eine politische Mehrheit im Abstimmungsgebiet Ost- und Westpreußens und für einen autonomen Balkanstaat Frankreichs links des Rheinlands seien zu schanden geworden und ihre Verwirklichung nach dem Saargebiet werde auch zu schanden werden. Hoffnungen und Begehlichkeiten seien gelichtet und würden scheitern an einer Mauer, mit der der Sieger nicht gerechnet habe: an dem Gefühl unüberwindlicher deutscher Verbundenheit, das fest in den deutschen Herzen der Grenzland liege.

Reichsminister Treviranus
führte u. a. aus: Der Sieg des bodenständigen Deutschland habe die Wahrungsbereit. Heimattreue war das Feldgeschicht waffenloser bedrohter Volksgenossen, mit dem die Verfassung des Volkswillens bestämmt wurde. In den nächsten Jahren sei die bange Sorge der Nation auf oen Weiten gerichtet, wo die Entscheidung graulich lange in der Schwere hand. Unbeugbar Heimattreue habe Separatistenplan, Ausgrenzung und den Druck von Schmeichlern und Erpressern gebrochen. Der Kampf um den Rhein wurde ein deutscher Sieg.
Es lie gedacht der unbefreiten Brüder an der Saar, in Eupen und Malmedy, des zerstückelten Westfalens, der ungetheilten Bünde in der Pfalz und des Reiches.
Man denke wieder daran, unter welchem Druck die Nation zur unnatürlichen Abstimmung Ostpreußens gedrückt, zu welchem Zwitterzustand das deutsche Danzig verurteilt wurde. Der Tag werde kommen, wo der Kampf für das Recht Deutschland und Europa bereit hat. Zum Anluß lang die Menschenmenge das Deutschlandlied.

Wer zahlt die Reichshilfe?
Die Durchführungsbestimmungen der Steuerordnungen. Berlin, 11. August.
In den Durchführungsbestimmungen über die Reichshilfe der Verlenen des öffentlichen Dienstes, die stehen im Wortlaut vorliegen, heißt es u. a.: Zu den Beamten im Sinne der Verordnung gehören auch die Beihilfen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und die Beamtenanwärter. Nicht als Be-

amte im Sinne der Verordnung gelten 1. Personen, die lediglich ehrenamtlich oberrichtliche Befugnisse ausüben (z. B. Schöffen, Geschworene, Handelsrichter, Mitglieder von Steuerausschüssen, ehrenamtliche Mitglieder von Finanzgerichten, ehrenamtliche Mitglieder der Träger der sozialen Versicherungen u. dgl.). 2. Personen, die nach dem Gesetz über Betriebsrenten in der Arbeiterlosenversicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtverpflichtet sind. Zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinne der Verordnung gehören auch die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften, die Stiftungen des öffentlichen Rechts, die Träger der sozialen Versicherungen (Krankenversicherungs-, Berufsversicherungs-, Landesversicherungsanstalten, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Reichs-Trippelamt, Landwirtschaftsministerien, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Bergkammern, Zünfte u. dgl.). Als Verbände der Körperschaften des öffentlichen Rechts kommen insbesondere in Betracht: der Deutsche Städtebund, der Reichstädtetbund, der Verband der Preussischen Provinzen, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Landgemeindefrat, der Deutsche Landwirtheverband, der Deutsche Industrieverband und Handwerkerverband, der Deutsche Gewerkschaftsverband, der Verband der Deutschen Berufsvereinigungen, der Verband der Deutschen Berufsvereinigungen, der Verband der Deutschen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, der Verband deutscher Berufsvereinigungen.

Zum Arbeitslohn gehören insbesondere Gehälter, Besoldungen, Konten, Gratifikationen, sowie unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge (z. B. Auslands- und Kanzierzulagen, Kollegebezüge und Prüfungsgebühren der Hochschullehrer, Mietwert, um unentgeltlich überlassenen Wohnungen); zum Arbeitslohn gehören ferner Wartelöhne, Ruhegehälter und andere Bezüge und gewerbliche Vorteile für frühere Dienstleistungen sowie Zuwendungen, die mit Rücksicht auf eine frühere Dienstleistung an Stelle von Pensionsansprüchen gewährt werden und den Charakter von Pensionen haben, emerit ob sie dem zunächst Bezugsberechtigten oder seinem Rechtsnachfolger zuführen.
Dem Beitrag unterliegen nicht: die Dienstauswandsentschädigungen des Einkommensteuergesetzes, die in § 8 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Bezüge und Gehalts, Witwen- und Hinterbliebenen sowie die Bezüge des Graduiertenalters- oder Studienmonats, Abwandsentschädigungen, Vorkaufs- und sonstige Kapitalleistungen, die aus Anlaß der Auflösung eines Dienstverhältnisses bezahlt werden. In den Durchführungsbestimmungen über den

Zustieg zur Lohnsteuer der letzten Arbeitsnehmer wird u. a. gesagt: Als ledig gelten alle einkommensteuerpflichtigen Personen, die nicht verheiratet sind, sowie verheiratete oder geschiedene Personen, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Ein Nebenverdienst wird daher nicht erhoben, wenn aus der Ehe Kinder hervorgegangen sind, gleichgültig, ob die Kinder minderjährig oder volljährig sind, ob sie zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählen oder ob sie bereits verstorben sind. Von dem

Beihilfen des öffentlichen Dienstes.
Berlin, 10. August.
In den Durchführungsbestimmungen über die Beihilfen des öffentlichen Dienstes, die stehen im Wortlaut vorliegen, heißt es u. a.: Zu den Beamten im Sinne der Verordnung gehören auch die Beihilfen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und die Beamtenanwärter. Nicht als Be-

amte im Sinne der Verordnung gelten 1. Personen, die lediglich ehrenamtlich oberrichtliche Befugnisse ausüben (z. B. Schöffen, Geschworene, Handelsrichter, Mitglieder von Steuerausschüssen, ehrenamtliche Mitglieder von Finanzgerichten, ehrenamtliche Mitglieder der Träger der sozialen Versicherungen u. dgl.). 2. Personen, die nach dem Gesetz über Betriebsrenten in der Arbeiterlosenversicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtverpflichtet sind. Zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinne der Verordnung gehören auch die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften, die Stiftungen des öffentlichen Rechts, die Träger der sozialen Versicherungen (Krankenversicherungs-, Berufsversicherungs-, Landesversicherungsanstalten, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Reichs-Trippelamt, Landwirtschaftsministerien, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Bergkammern, Zünfte u. dgl.). Als Verbände der Körperschaften des öffentlichen Rechts kommen insbesondere in Betracht: der Deutsche Städtebund, der Reichstädtetbund, der Verband der Preussischen Provinzen, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Landgemeindefrat, der Deutsche Industrieverband und Handwerkerverband, der Deutsche Gewerkschaftsverband, der Verband der Deutschen Berufsvereinigungen, der Verband der Deutschen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, der Verband deutscher Berufsvereinigungen.

Zum Arbeitslohn gehören insbesondere Gehälter, Besoldungen, Konten, Gratifikationen, sowie unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge (z. B. Auslands- und Kanzierzulagen, Kollegebezüge und Prüfungsgebühren der Hochschullehrer, Mietwert, um unentgeltlich überlassenen Wohnungen); zum Arbeitslohn gehören ferner Wartelöhne, Ruhegehälter und andere Bezüge und gewerbliche Vorteile für frühere Dienstleistungen sowie Zuwendungen, die mit Rücksicht auf eine frühere Dienstleistung an Stelle von Pensionsansprüchen gewährt werden und den Charakter von Pensionen haben, emerit ob sie dem zunächst Bezugsberechtigten oder seinem Rechtsnachfolger zuführen.
Dem Beitrag unterliegen nicht: die Dienstauswandsentschädigungen des Einkommensteuergesetzes, die in § 8 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Bezüge und Gehalts, Witwen- und Hinterbliebenen sowie die Bezüge des Graduiertenalters- oder Studienmonats, Abwandsentschädigungen, Vorkaufs- und sonstige Kapitalleistungen, die aus Anlaß der Auflösung eines Dienstverhältnisses bezahlt werden. In den Durchführungsbestimmungen über den

Zustieg zur Lohnsteuer der letzten Arbeitsnehmer wird u. a. gesagt: Als ledig gelten alle einkommensteuerpflichtigen Personen, die nicht verheiratet sind, sowie verheiratete oder geschiedene Personen, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Ein Nebenverdienst wird daher nicht erhoben, wenn aus der Ehe Kinder hervorgegangen sind, gleichgültig, ob die Kinder minderjährig oder volljährig sind, ob sie zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählen oder ob sie bereits verstorben sind. Von dem

Zu gleicher Zeit äußert sich in der Nationalliberalen Korrespondenz der Parteiführer der D. P. in längeren Ausführungen zur Frage der bürgerlichen Sammlung.
Ich habe, so erklärt er u. a., die Führung der D. P. im Sinne Stresemanns übernommen, um als den letzten Kern von rechts und links zu erhalten, nicht aber, um die Partei und ihre treuen Anhänger als Material einseitiger Parteineurundungen zur Verfügung zu stellen.
Seine Stellung zur Sozialdemokratie gibt Dr. Schölk wie folgt wieder: Ich habe auf dem Wandmehrer Parteitag